

Inhalt

Einleitung – Die liberale Gesellschaft: Dr. Jekyll und Mr. Hyde? | 7

Die liberale Demokratie erneuern | 12

Das Buch | 14

I. Politik/Recht | 19

1. *Recht* – Muslime im säkularen Rechtsstaat und das Problem der effektiven Gleichberechtigung | 22
2. *Staat* – Die Ambivalenzen der staatlichen Islampolitik | 54
3. *Parlamente, Parteien, Bewegungen* – »Repräsentation ohne Partizipation« oder das Problem der Hegemonie in der Demokratie | 72
4. *Politische Kultur* – Die Systemloyalität der Muslime | 93

II. Gesellschaft | 103

1. *Bürgerliche Mehrheit* – Von der Salon-Islamophobie zum System-Gesellschafts-Bruch | 106
2. *Muslimische Minderheit* – Erforderliche Integration und anerkennungsfähige Segregation | 163
3. *Exkurs: »Ende der Gemütlichkeit«* – Mittelschichtkrise und kultur-differenter Sozialdarwinismus | 194

III. Medien | 205

1. *Massenmedien* – Aufgeklärte Islamophobie und gesellschaftliche Kommunikationsethik | 207
2. *Social Media* – Virtuelle Kreuzritter der neuen Öffentlichkeit | 233

IV. Wissenschaft/Bildung | 247

1. *Wissenschaft und Intellektualismus* – Die De-Liberalisierung der inszenierten Wissensgesellschaft | 249
2. *Schule* – Die Pädagogik der (zögerlichen) Anerkennung des Islams | 263

V. Kirche | 285

Vermittlerin wider Willen | 285

Zusammenfassung und Fazit – Verbindung durch Dialog

Kommunikative Solidarität und die Neuerfindung
der liberalen Gesellschaft in Europa | 297

Anmerkungen | 323

Literatur | 333

Einleitung – Die liberale Gesellschaft: Dr. Jekyll und Mr. Hyde?

Nach dem Ende des Kalten Krieges glaubten viele Zeitgenossen an einen Siegeszug der liberalen Demokratie. Das System, in dem die individuelle Freiheit mit dem demokratischen Prinzip eine historisch einzigartige Verbindung eingegangen war, hatte sich durchgesetzt und galt weltweit als Vorbild für die politische und gesellschaftliche Entwicklung. Sogar über ein »Ende der Geschichte« im besten aller politischen Systeme wurde spekuliert (Fukuyama 1992). Tatsächlich konnte man nach den fürchterlichen Erfahrungen mit Kriegen und Vernichtung im 20. Jahrhundert den Eindruck gewinnen, dass es nunmehr echten zivilisatorischen Fortschritt in Richtung einer besseren menschlichen Gesellschaft geben würde. Auch heute, mehr als zwanzig Jahre nach dem Berliner Mauerfall, haben Demokratie und liberale Gesellschaft keine ernst zu nehmenden Konkurrenten auf dem Markt der politischen Ideale – die arabischen Revolutionen waren nur die letzten weithin sichtbaren Zeichen für die universelle Ausstrahlung europäischer Konzepte.

Zugleich allerdings mehren sich die Krisen des liberalen Politik- und Gesellschaftsmodells. Nicht nur, dass die Mutterländer der Demokratie in Nordamerika und Europa mit wirtschaftlichen Rückschlägen und schwindender Weltgeltung zu kämpfen haben, sondern es erwachsen auch Zweifel an der Substanz der liberalen Gesellschaft. Außenpolitisch hat die Demokratie nach den kriegerischen Reaktionen der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten auf die Terrorattentate von 2001 an Glaubwürdigkeit verloren. Hunderttausende Kriegsoffer in Afghanistan und Irak wegen einiger tausender Terroropfer, Vergeltung statt Gerechtigkeit: Das demokratische politische System agierte nach außen martialisch, und die Kriegslügen der Regierung George W. Bush bewiesen, wie manipulierbar und wenig partizipatorisch scheinbar demokratische politische Systeme in Wirklichkeit oft sind (K. Hafez 2009, S. 193ff.).

Weitaus weniger beachtet wurde die Tatsache, dass auch im Inneren der Vereinigten Staaten und Europas Grundwerte der liberalen Verfassungsidee in Gefahr gerieten. »Guantánamo« ist nur das bekannteste Symbol für eine tief

in amerikanische Rechtstraditionen eingreifende Infragestellung der liberalen Grundrechte im Zuge der Terrorismusbekämpfung. Mehr noch, nach dem Abtritt des Weltkommunismus wurde ein neuer Feind entdeckt, ein innerer Feind: die Einwanderer und ganz besonders der Islam und die Muslime. Während Migration generell auf die üblichen kulturell und sozial bedingten Abwehrreaktionen trifft, sind die Muslime eine ganz spezifische Gruppe, denn sie gelten nicht nur als sozial schwer zu integrieren, sondern auch als »5. Kolonne« des äußeren Feindes des islamistischen Terrorismus.

Die Lage des Islams in Europa ist dabei besonders schwierig. In Europa stellen etwa 50 Millionen Muslime bei einer Gesamtbevölkerung von 700 Millionen Menschen eine immer sichtbarer werdende Minderheit von etwa 7 Prozent der Bevölkerung dar. Die Irritationen zwischen Mehrheit und Minderheit wachsen: die Rushdie-Affäre, Konflikte um Moscheebauten, Kopftuchdebatten, Karikaturenstreit, eine demoskopisch messbare Islamfeindlichkeit bei großen Teilen der Europäer und zunehmende Gewalt gegenüber Muslimen mit den Höhepunkten islamfeindlicher Morde in Deutschland und Norwegen. Rechtspopulistische Parteien, die sich in ganz Europa ausbreiten, haben die Potenziale des »Feindbildes Islam« rasch erkannt.

Paradox, aber wahr: Während das Bekenntnis zu allgemeinen rassistischen Weltbildern und zu spezifischen Formen der Fremdenfeindlichkeit wie dem Antisemitismus in Europa einen historischen Tiefstand erreicht hat, ist Islamophobie salonfähiger denn je geworden. Der Westen mag die besten politischen Systeme überhaupt geschaffen haben – das Problem des gesellschaftlichen Rassismus' hat er nicht gelöst. Unter dem Firnis von Menschenrechten und rechtlicher Gleichheit toben Kulturkämpfe, Territorialkonflikte und kulturelle wie religiöse Intoleranz. Wird die Angst vor dem Islam zum »Testfall für die abendländische Toleranz«, wie die deutsche linke Zeitschrift »Der Freitag« 2009 titelte?² Ist die liberale Gesellschaft wie Dr. Jekyll und Mr. Hyde: auf den ersten Blick honorig, im Grunde aber barbarisch?

Die liberale Demokratie und die liberale Gesellschaft haben ihre Ursprünge ebenso in Nordamerika und sie haben Ableger in zahlreichen Weltregionen, in Lateinamerika, Asien und Afrika. Dennoch lässt sich die Konzentration des vorliegenden Buches auf Europa begründen. Eine Studie des World Economic Forums hat beispielsweise gezeigt, dass europäische Vorstellungen von einer kulturellen Unverträglichkeit, einem »Clash of Civilizations«, am stärksten und das Interesse an verbesserten islamisch-westlichen Beziehungen am geringsten ausgeprägt sind, geringer jedenfalls als in den Vereinigten Staaten oder in der islamischen Welt. Verbesserte Beziehungen werden von klaren Mehrheiten der europäischen Völker geradezu als Gefahr betrachtet, als Bedrohung der kulturellen Identität und der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Integrität Europas (World Economic Forum 2008, S. 24f.). Obwohl die geopolitische Hauptkonfliktlinie in den letzten Jahrzehnten zwischen Staaten des Nahen

und Mittleren Ostens und den USA verlaufen ist, muss man also offensichtlich streng zwischen kurzfristigen politischen Interessenkonflikten und langfristigen Entwicklungen politischer und gesellschaftlicher Systeme unterscheiden. Es wird sich im Verlauf der Darstellung zeigen, dass das europäische liberal-demokratische politische System bei der Integration und Anerkennung von Muslimen vielleicht sogar besser funktioniert als das US-amerikanische. Dennoch hat sich in der dortigen dezidierten »Einwanderungsgesellschaft« zumindest in Bezug auf Religionsfreiheit ein liberaleres multikulturelles Wertegefüge als in Europa etabliert. Wird die nationalkulturell geprägte Gesellschaft Europas den alten Orient-Okzident-Gegensatz jemals überwinden können?

Die negativen Entwicklungen der Islamfeindlichkeit werden zwar nur selten in der breiten Öffentlichkeit diskutiert, sie sind aber keineswegs unbeachtet geblieben. Der damalige Generalsekretär der Vereinten Nationen Kofi Annan, Amnesty International, mehrere deutsche Bundespräsidenten und andere Politiker in Europa haben vor der sich ausbreitenden Islamophobie gewarnt (v.a. Kap. I.2). Selbst der frühere Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, zog an der Wende zum 21. Jahrhundert Parallelen zwischen dem heutigen Islambild und historischen Bildern der Juden in Europa (Kap. II.1). Doch die besorgniserregenden Mahnungen des führenden jüdischen Vertreters in dem Land, das die Juden nahezu ausgerottet hat, verhallten zumindest in der Öffentlichkeit weitgehend ungehört. Islamfeindlichkeit hat seitdem in Europa nicht ab-, sondern eher zugenommen. Fundamentale Islamkritiker und Islamhasser erfreuen sich großer Publikumsgunst. Sie produzieren Bestseller auf den Buchmärkten und sind weithin präsent in den Massenmedien. Mit dem Internet hat sich gerade der Islamophobie eine ganz neue Welt erschlossen, in der die in anderen Medien immerhin noch sprachlich camouffierte Islamfeindlichkeit und pauschale Ablehnung des Islams und der Muslime nun auch öffentlich zum Ausdruck kommt, was früher nur am Stammtisch möglich war. Die Vorurteile gegen den Islam verlassen die »Salons« und machen sich auf dem digitalen Highway der Informationsgesellschaft breit.

Reaktionen aus der Wissenschaft haben nicht lange auf sich warten lassen. Bereits in den 1990er Jahren begann man mit der Aufarbeitung des Islambildes westlicher Medien, nach den Attentaten von 2001 wurde zunehmend auch in teure demoskopische Studien zur »öffentlichen Meinung« investiert. Trotz definitorischer Schwierigkeiten haben sich die Begriffe »Islamfeindlichkeit« und »Islamophobie« mittlerweile etabliert (vgl. u.a. Esposito/Kalin 2011; Geissler 2003; F. Hafez 2010; Bühl 2010; Schneider 2010b; Sokolowsky 2009; Hippler/Lueg 1993; Deltombe 2005; K. Hafez 1997a; Benz 2009; Bunzl/Hafez 2009). Allerdings sind die Gründe für Islamfeindlichkeit in Europa vielfältig, was auffällt, wenn man sich neben den negativen Erscheinungen auch die positiven Entwicklungen vor Augen hält. In Europa werden Moscheen gebaut, Islamunterricht wird an Schulen eingeführt, europäische Gerichte streiten um die

Gleichberechtigung religiöser Symbole im staatlichen Raum, Parteien fordern Repräsentanzquoten für Migranten und selbst der Konservatismus hat sich von seiner früheren Blut-und-Boden-Ideologie getrennt und erkennt zähneknirschend die Realitäten der multikulturellen Gesellschaft an. In den Medien sind trotz aller Hypes und »moralischen Panik« (Schiffauer 2006, S. 95) auch kritische Stimmen zu hören, die Wissenschaft führt eine »Orientalismusdebatte« und Schulen bemühen sich um eine Pädagogik der kulturellen Vielfalt. Wir haben es also bei der Islamfeindlichkeit nicht mit einem allumfassenden Phänomen zu tun, sondern mit einer Ideologie der Intoleranz, der liberale Einflüsse gegenüberstehen. Der »Mythos der liberalen Gesellschaft« (Nielsen 2004a) entwickelt sich teilweise zur Realität fort – in anderen Bereichen besteht er aber weiterhin. Zu den Problemzonen des Liberalismus gehören die nur sehr langsam fortschreitende rechtliche Gleichstellung des Islams, die noch immer unzureichende politische Vertretung von Muslimen, rassistische Netzwerke, pseudoliberale öffentliche Meinungsführer und Intellektuelle, die sich dem reaktionären Zeitgeist andienen, und beharrende Traditionen eines eurozentrischen Weltbildes in Wissenschaft und Schule, von den theologischen Wahrheitsansprüchen christlicher Kirchen ganz zu schweigen.

Die Bilanz ist schwierig. Manches weist darauf hin, dass europäische Rechtssysteme und auch Teile des politischen Systems, also der Staat, eher zu einer liberalen Anerkennung des Islams fähig zu sein scheinen als die nicht-staatlichen Sphären der Öffentlichkeit und der Gesellschaft. Der Staat kann bei der Anerkennung des Islams immerhin einige Erfolge vorweisen, in den europäischen Gesellschaften aber verhärtet sich das Problem der Islamfeindlichkeit. Die Realität Europas wäre dann kein »Mythos«, sondern eine sehr durchmischte Bilanz, eben »Freiheit, Gleichheit und Intoleranz«. Damit wächst auch die Gefahr einer Krise im Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft in Europa. Die paradoxe Verbindung aus »liberalen« Werten, die gleiche Rechte für jedes einzelne *Individuum* fordern, und der »Demokratie«, die der *Mehrheit* die Macht zubilligt, droht auseinanderzubrechen. Während die Rechtssysteme und Teile der Politik »Freiheit« und »Gleichheit« vor dem Gesetz auch für Muslime durchzusetzen versuchen, verweigert ein großer Teil der Gesellschaft der größten religiösen Minderheit Europas die »Brüderlichkeit«. Wie lange kann ein politisches System bestehen, das nicht von der politischen Kultur und den Werten einer Gesellschaft insgesamt mitgetragen wird? Wie krisenfest, wie anfällig ist es?

Auf der Basis der freiheitlichen Ordnung des Westens hat man die marxistisch-leninistischen Versuche, einen »neuen Menschen« zu erziehen, stets als totalitär und Ausdruck maximaler Unfreiheit verworfen. Heute steht der Westen vielleicht selbst vor der Herausforderung, dass sich seine Systeme schneller entwickeln als seine Bürger und Kulturen. Lieber heute als morgen würden rechtspopulistische Parteien in Europa den liberalen Verfassungskonsens

aufkündigen und radikale plebiszitäre Demokratien etablieren, in denen sich die kulturelle Hegemonie der Mehrheit dann frei entfalten könnte (F. Decker 2006, S. 24ff.). Würde sie sich durchsetzen, käme dies einem Selbstvernichtungsprogramm der politischen Ordnungen gleich. Um dieser Gefahr zu begegnen, muss sich die liberale Gesellschaft zu einer wirklich pluralistischen Gesellschaft weiterentwickeln, in der die liberalen Werte der Verfassung durch eine breite Anerkennung kultureller und religiöser Vielfalt gestützt werden.

Probleme dieser Art existieren überall auf der Welt in ähnlicher Weise. Einige arabische Staaten haben mit der Demokratisierung begonnen, sind deswegen aber noch lange nicht als tolerant zu bezeichnen. Ganz im Gegenteil: Jeder Schritt der Liberalisierung politischer Systeme führt in den Gesellschaften zu wertekonservativen Gegenreaktionen (K. Hafez 2012). Dass Politik und Gesellschaft sich mit unterschiedlichem Tempo entwickeln, ist eine universelle historische Erfahrung. Muslime bringen denn auch konservative und bisweilen reaktionär anmutende Einstellungen mit nach Europa – dennoch muss man sich fragen, ob die Muslime Europas wirklich das eigentliche Problem darstellen. Nicht nur, dass eine genaue Analyse der »Defizite der Integration« an der Unklarheit des Begriffs der Integration scheitert, der verfassungsrechtlich nur insofern definiert ist, als von jedem Bürger Loyalität gegenüber dem Rechtsstaat verlangt wird. Eine komplette Assimilation von Einwanderern kann in einer »liberalen Gesellschaft« ja auch gar nicht gefordert werden. Man muss sich fragen, ob von einer religiösen Minderheit, deren Bevölkerungsanteil in Europa bei 7 Prozent liegt, tatsächlich eine systemgefährdende Kraft ausgehen kann. Viel wahrscheinlicher ist es doch, dass es allein der Mehrheit selbst gelingen kann, das System der liberalen Demokratie zu unterwandern. Sie müsste dazu lediglich ihre hegemoniale Macht einsetzen, um die Kernidee des Säkularismus – die Gleichheit vor dem Gesetz – abzuschaffen oder zumindest Minderheiten wie den Muslimen Toleranz und Anerkennung zu verweigern, um auf diesem Weg den sozialen Frieden zu gefährden. Der innere Feind Europas wäre dann nicht der europäische Muslim – es wäre Europa selbst.

Für die Muslime, gleich ob sie religiös, hochreligiös oder atheistisch orientiert sind, stellt sich die Frage, wie sie mit der gegenwärtigen Lage umgehen sollen. Welchen Weg sollen sie wählen: Anpassung, Abschottung oder sollen sie für politische, gesellschaftliche und kulturelle Anerkennung durch die Mehrheitsgesellschaft werben? Assimilation und Segregation, das lehrt die Geschichte, schützen religiöse Minderheiten nicht vor Diskriminierung und gewaltsamen Übergriffen in Krisenzeiten, sie sind also keine probaten Strategien für das 21. Jahrhundert. Was bleibt, ist die Suche nach »Anerkennung«, nach »Verbindung durch Konflikt«. So seltsam es klingen mag, da man sich daran gewöhnt hat, die Rückständigkeit der Muslime Europas zu betonen: Durch eine gelungene Form der gesellschaftlichen Partizipation könnten sie sogar zur Avantgarde einer neuen globalen Emanzipationsbewegung werden, in der, ganz wie es den

Forderungen der Vereinten Nationen entspricht, kulturelle Vielfalt nicht mehr als Störfaktor gilt, sondern als kreatives Entwicklungspotenzial der Nationalstaaten anerkannt wird (Modood 2006, S. 46).

DIE LIBERALE DEMOKRATIE ERNEUERN

Bis dahin ist es noch ein weiter Weg. Die Wissenschaft muss die gegenwärtige Stellung der Muslime und des Islams in Europa nüchtern bilanzieren. Reformvorschläge sind erforderlich. Integrationspolitische Gipfeltreffen, Antidiskriminierungsgesetze und Schulreformen: All dies gibt es schon – aber reicht das aus? Debatten über die Zukunft des multikulturellen Liberalismus wurden in den letzten Jahrzehnten von politischen Philosophen beherrscht. Neben Jürgen Habermas haben sich etwa Michael Walzer, Charles Taylor, Bhikhu Parekh, Will Kymlicka und Seyla Benhabib mit dem Problem beschäftigt, wie man das klassische liberale Denken, das zwar rechtliche Freiheiten schuf, aber auch eine »kalte Toleranz« und mangelnden Gemeinschaftssinn in westlichen Gesellschaften erzeugt hat, zur Multikulturalität weiterentwickeln kann. Auf der Suche nach einem neuen Konsens spielen Appelle an kulturelle »Anerkennung« (*recognition*) eine ebenso große Rolle wie ein Nachdenken über spezielle Minderheitenrechte oder auch kommunitaristische Identitätswürfe eines »multikulturellen Nationalismus«. Die Frage steht im Raum: Braucht Europa einen neuen liberalen Konsens, und wenn ja, wer sind alte und neue Liberale?

Interessant ist auch eine Gruppe von radikaleren Denkern, die einen grundsätzlichen zivilgesellschaftlichen Umbau westlicher Politiksysteme befürworten. Chantal Mouffe wendet sich gegen die Idee, die westliche Gesellschaft befinde sich bereits am »Ende der Geschichte« ihrer eigenen Entwicklung. Sie hält im Gegenteil die emanzipatorische Kraft westlicher Politiksysteme für begrenzt, weil Menschen in ihnen nur begrenzt partizipieren können (Mouffe 1993). Gerade die (Habermas'sche) Verpflichtung zum Konsens zwingt die Bürger dazu, etwa marxistische Gerechtigkeitsentwürfe aufzugeben, was unter anderem das Problem der Radikalisierung rechtspopulistischer Parteien erst schaffe (Mouffe 2005, S. 69ff.). Bei Mouffe bleibt aber nicht nur unklar, wie sie die repräsentative Demokratie umbauen will. Das Problem ist auch, dass basisdemokratische Ansätze zwar eine probate Lösung für viele Zukunftsfragen sein mögen, mit Blick auf das Verhältnis zwischen ethnischen oder religiösen Mehrheiten und Minderheiten den Rassismus allerdings geradezu verstärken können. Es ist nicht klar, wie die neue zivilgesellschaftliche Gruppenmacht sich zum Verfassungskonsens stellen und wie sie mit kulturellen Hegemonien umgehen würde. Ähnliches gilt auch für Colin Crouchs populäre These von der »Postdemokratie« (Crouch 2004). Einerseits sind hier fortschrittliche Plädoyers für eine Weiterentwicklung der westlichen Demokratie durch soziale Bewegun-

gen und mehr direkte Bürgerbeteiligung zu erkennen. Andererseits sind Gefahren für Minderheiten gerade in der radikalen Basisdemokratie nicht von der Hand zu weisen. Das europäische Land, das Vorstellungen der direkten Demokratie am nächsten kommt – die Schweiz –, hat bislang als einziges ein Verbot für den Bau von islamischen Minaretten auf Moscheen verhängt. Dieses Gesetz wäre in Systemen mit einer stärkeren Stellung des liberalen Rechtsstaates und einer effektiveren Gewaltenteilung wahrscheinlich als Eingriff in die Religionsfreiheit abgelehnt worden. Letztlich ist eben auch der Rechtspopulismus eine plebiszitäre Bewegung.

Sowohl die Reformideen des Mainstream-Liberalismus als auch radikale Gegenentwürfe leiden unter einem gemeinsamen theoretischen Bias: Leistung und Versagen der Demokratie werden stets am politischen System festgemacht, an den Funktionshebeln der Macht, seinen Ideologien und Institutionen. Der Mensch, die Gesellschaft, unsere Kultur und unsere Fähigkeit zum Dialog werden selten thematisiert. Näher an der Realität ist daher Iris Marion Young, feministische Autorin, aber auch Vordenkerin einer neuen Politik der gesellschaftlichen Gerechtigkeit, wenn sie die fünf Gesichter der Unterdrückung und der versteckten Hegemonie in der liberalen Demokratie benennt: soziale Ausbeutung, wobei gerade Minderheiten oft Opfer einer »Hyperausbeutung« als Illegale und Rechtlose werden; Marginalisierung durch Arbeitslosigkeit; Machtlosigkeit durch mangelnde Repräsentanz im politischen System; kultureller Imperialismus durch die Mehrheit in Institutionen, Öffentlichkeit, Medien und Kultur; sowie Gewalt, nicht zuletzt rassistische Gewalt (Young 1990, S. 39ff., 51). Selbst wenn es also der Fall sein sollte, dass sich die politischen Systeme bei der Islamfrage schneller entwickeln als ihre Bürger, bedeutet dies noch lange keine Stabilität für die liberale Gesellschaft. Gerade ein Land wie die Niederlande mit seiner einstmals vorbildlichen Toleranzpolitik, die aber weder vor verbreiteter Islamfeindlichkeit noch vor dem Aufschwung rechtspopulistischer Kräfte schützte, zeigt: Integrations- und Anerkennungspolitik *allein* führen noch nicht zu Integration und Anerkennung.² Es geht also nicht um eine Ehrenrettung oder begrenzte Reformen der elitären repräsentativen Demokratie, die bei den Vordenkern wie Kymlicka, Taylor oder Walzer ohnehin stets interne Widersprüche erzeugt haben. Es geht aber auch nicht um radikale theoretische Bilderstürmerei von Systemen, deren fortschrittliche Kraft noch nicht vollständig erschöpft ist und die erst dann durch zivilgesellschaftliche Modelle ersetzt werden sollten, wenn deren kulturhegemonialen Nebenwirkungen hinreichend durchdacht sind. Auf eine einfache Formel gebracht, wird es in der Zukunft um eine gesamtgesellschaftliche Neuerfindung der Demokratie gehen: mehr politische Partizipation *für* den Bürger, aber auch mehr gesellschaftliche Anerkennung von Pluralität *durch* den Bürger.

DAS BUCH

Das vorliegende Buch bietet keine einheitliche Utopie, wie die Grundwidersprüche zwischen liberalen und demokratischen Reformideen aufgelöst werden können. Vielmehr wird der Versuch unternommen, Youngs Problemaufriss durch eine vielfältige theoretische Betrachtung im Hinblick auf die Stellung des Islams in Europa zu unterfüttern. Alle zentralen Paradigmen sollen beteiligt werden: Macht und System, Handeln und Gesellschaft, Kommunikation und Medien, Wissen und Wissenschaft/Bildung sowie Transzendenz und religiöse Institutionen. Es ist hier und jetzt nicht die Zeit, klassische Streitfragen zwischen System- und Handlungstheorie wieder aufleben zu lassen, sondern es bedarf eines pragmatischen Umgangs mit Theorie. Viele epochemachende Theoretiker waren durchaus zu Synthesen bereit, etwa Jürgen Habermas, der sich nicht nur vom marxistischen Menschheitsbegriff löste und zum Individuum als Träger gesellschaftlichen Handelns vordrang, sondern auch ungeachtet seiner »Theorie des kommunikativen Handelns« Funktionslogiken politischer und medialer Systeme nie aus dem Blick verlor (Joas/Knöbl 2011, S. 321). Bereits ein kurzer Blick in die Forschungsliteratur genügt, um zu erkennen, dass gerade die Untersuchung der Ursachen von Rassismus in allen denkbaren Theoriebereichen angesiedelt ist. Ideologie, Macht, Medien, soziale Kontakte und die Rolle von Bildung: Eine komplexe Analyse der Stellung des Islams in Europas liberaler Demokratie und in der liberalen Gesellschaft kann es sich nicht leisten, Perspektiven auszulassen. Integrierte Analysen sind erforderlich, die das Thema aus den Fängen isolierter staatsrechtlicher, integrationstheoretischer oder kulturwissenschaftlicher Betrachtungen herauslösen und es in größere Zusammenhänge der Demokratie- und Gesellschaftsreform einbetten.

In diesem Buch werden die einzelnen Kapitel zu den Bereichen »Politik/Recht«, »Gesellschaft«, »Medien« und »Wissenschaft/Bildung« jeweils durch theoretische Vorüberlegungen eingeleitet. Diese bewegen sich grundsätzlich auf zwei Ebenen. Aus der Perspektive der eher normativ orientierten Liberalismus- und Demokratietheorie wird die Frage gestellt, welche Funktionen individuelle und kollektive Akteure in Politik und Gesellschaft jeweils übernehmen sollten. Bei »Politik und Recht« (Kap. I) werden alle Gewalten der Legislative, Exekutive und Judikative abgedeckt. Es geht um die Rolle von Rechtsnormen und -praxis, um die Interessen des parlamentarischen Raumes, der Parteien, Interessenverbände und sozialen Netzwerke sowie um die Mittlerstellung, die gerade Regierungen zwischen liberaler Verfassung und hegemonialer Politik einnehmen. Ergänzt wird das Kapitel durch einen Einblick in die politischen Einstellungen und die politische Kultur von Minderheiten und Mehrheiten. Mit Blick auf die »Gesellschaft« (Kap. II) stehen verschiedene Elemente der Sozialtheorie im Vordergrund. Im Zentrum der Aufmerksamkeit liegt die Toleranz- und Anerkennungstheorie, da gerade diese in liberaler Tradition die Freiheit

von Individuen und Gruppen betont. Auch die heute bei der Diskussion von Minderheiten sehr präsente Integrationstheorie wird berücksichtigt, ebenso konflikttheoretische Ansätze. In einem Exkurs wird zudem die neomarxistisch orientierte Kritik des Neoliberalismus aufgegriffen. Bei der Analyse von »Medien« (Kap. III) liegt der Schwerpunkt im Bereich der Öffentlichkeitstheorie, allerdings erweitert um spezifische Bezüge zu multikulturellen Öffentlichkeiten und Gedanken über Kommunikationsethik. Anders als bei Massenmedien verlagert sich der theoretische Blickwinkel bei der Diskussion des Internets zu anderen Theorierichtungen, etwa zur Diskursanalyse von Michel Foucault, zur Feldtheorie von Pierre Bourdieu oder zum Symbolischen Interaktionismus von George Herbert Mead. Institutionentheoretische Verortungen in den Bereichen »Wissenschaft/Bildung« (Kap. IV) und »Kirche« (Kap. V) erfolgen im Rückbezug auf die Ausführungen zu Recht, Politik, Gesellschaft und Medien. Im Vordergrund steht die Frage, welchen Beitrag die Institutionen zu den liberalen Grundfragen von »Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit« leisten: Inwieweit vermitteln sie Wissen und Werte der multikulturellen Gesellschaft – Stichworte: »globales Wissen«, »Wissensgesellschaft« – und welche Hilfestellung geben sie beim Dialog zwischen Mehrheit und Minderheit?

Wenn die Gliederung des Buches eine Orientierung an einzelnen Subsystemen der Gesellschaft aufweist, so sind systemtheoretische Bezüge durchaus beabsichtigt. Denn als zweites Element neben der normativen liberalen Theorie fließen funktionalistische Paradigmen in die Theoriebildung ein. Hier betrachten wir die Dinge nicht mehr nur aus dem idealisierenden Blickwinkel der Demokratietheorie und der freiheitlichen Werteordnung, sondern wir reflektieren utilitaristische Interessen der Akteure. Es geht um autonome Bestrebungen der Subsysteme, aber auch um den Zwang zur Anpassung an gesellschaftliche Umwelten oder gar um Expansionsbestrebungen von Teilsystemen, die sich in die Funktionsbereiche anderer Akteure ausdehnen, kurz: Es geht hier nicht mehr um Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, sondern um Überleben, Anpassung und Hegemonie. Die Politik kann den idealen Tugendpfad von Liberalismus und Demokratie verlassen und zum Populismus neigen; aus der Toleranzkultur kann eine Unkultur werden, beherrscht von Territorial- und Behauptungskämpfen zwischen Alteingesessenen und Einwanderern; Medien können sich populären Stereotypen verschreiben; Kirchen können um ihre in der liberalen Theorie ohnehin umstrittenen Rechts- und Gesellschaftsprivilegien fürchten; Wissenschaft und Schule können statt das vorurteilsfreie Lernen zu fördern zur eurozentrischen Besitzstandswahrung neigen: Wissen als Macht.

Es wird sich zeigen, dass die reale Situation der Muslime in Europa am besten durch eine Mischung aus normativen und funktionalistischen Interpretationen erklärbar ist. Das Theorieverständnis dieses Buches ähnelt wohl am ehesten dem von Denkern wie Talcott Parsons oder Jürgen Habermas. Anders als der etwa in Deutschland bekanntere Niklas Luhmann war Parsons zumindest

in der Anlage seiner Theorie bemüht, unterschiedlichen Einflüssen Raum zu verschaffen, dem individuell-utilitaristischen Handeln (»ich will«), dem gesellschaftlich-normativen Wertheandeln (»ich sollte«), der gesellschaftlichen Systemperspektive (»ich muss«) und auch dem interaktiven Handeln (»Was will, soll, muss ich?«) (Parsons 1964, 1968). Luhmanns spätere Radikalisierung des Systemaspekts, bei dem Wertebezüge ebenso entfielen wie System- und Interaktionseinflüsse außerhalb des vom Individuum selbst konstruierten Gefüges (Autopoiesis), wird in diesem Buch nicht nachvollzogen. In der Anlage kommt das Parsons'sche Denken einem multipolaren Verständnis, wonach menschliches Handeln wie in einem »Fließgleichgewicht« sowohl Eigen- als auch Fremdlogiken, egoistischen wie auch altruistischen Bezügen, Freiheiten und Strukturen folgt, am nächsten. Diese Grundanlage hat Parsons weitgehend in seinem berühmten AGIL-Schema (Anpassungsverhalten, persönliche Zielverfolgung, Integration, kulturelle Wertestruktur) zum Ausdruck gebracht. Allerdings ist der Interaktions- und Kommunikationsbegriff in anderen Theorierichtungen wie dem Symbolischen Interaktionismus, die er als seinem eigenen Konzept verwandt erachtete, stärker entwickelt worden. Jürgen Habermas schließlich ist nicht nur als einer der Wegbereiter der Öffentlichkeitstheorie bekannt geworden, sondern er hat sich in seiner späteren »Theorie des kommunikativen Handelns« und seinem Konzept der »Lebenswelt« intensiv mit Parsons auseinandersetzt und sein eigenes Werk auf ihn bezogen (Habermas 1990, 1995).

Das vorliegende Buch beschäftigt sich im Schwerpunkt damit, die Forschung zum Islam in Europa auszuwerten und sie in Bezug zu den theoretischen Vorüberlegungen zu setzen. Inwieweit erfüllen Staat und Gesellschaft, Mehrheit und Minderheit, Medien³ und Institutionen die in sie gesetzten Erwartungen und wie lassen sich systemische Abweichungen erklären? Das Buch bemüht sich überwiegend um eine Aufarbeitung des existierenden Forschungsstandes mit Schwerpunkt auf Ergebnissen der empirischen Sozialforschung aus unterschiedlichen Fächern wie Politikwissenschaft, Soziologie, Medien- und Kommunikationswissenschaft, Kulturwissenschaft, Religionswissenschaft und Pädagogik. Gerade im Bereich der Medienforschung hat der Autor selbst über lange Jahre empirische Arbeiten beigesteuert (K. Hafez 2002a, 2002b; K. Hafez/Richter 2007). Wo sich bei der Beschreibung der Lage der Muslime in Europa empirische Lücken auftaten, etwa bei der schulischen Lehrplanevaluation, wurden diese so gut es ging gefüllt, um Tendenzen aufzeigen zu können.

Die Analyse dieses Buches konzentriert sich vor allem auf Zentral-, Nord- und Westeuropa, mit gelegentlichen Abstechern nach Südeuropa. Der Fokus auf Deutschland erfolgt überwiegend aus forschungspragmatischen Gründen. West-, Nord- und Zentraleuropa bilden insofern einen homogenen Raum, als hier seit dem Zweiten Weltkrieg durchgehend demokratische Ordnungen existiert haben. Aus diesem Grund werden auch Süd- und Osteuropa kaum in die Analyse einbezogen, denn die demokratische Entwicklung verlief in diesen Tei-

len des Kontinents verzögert. Die schier unübersichtliche Forschungslage zum Islam in Europa macht zudem eine Konzentration auf ein Land erforderlich: Von einer dichten Analyse Deutschlands ausgehend werden in diesem Buch systematisch Vergleiche zu anderen europäischen Ländern gezogen. Die Auswahl Deutschlands als Kernland der Analyse ist dabei zufällig und den Kompetenzen des Autors geschuldet. Trotz der überaus problematischen deutschen Vergangenheit, die mit dem Begriff des »Holocaust« verbunden ist, geht der Autor nicht davon aus, dass Deutschland mit dem Islam ein besonderes Problem hat, das erheblich von dem anderer Länder abweicht. Deutschlands Politik und sein Gesellschaftssystem haben vielfach Synthesen insbesondere aus britischen und französischen Modellen gebildet. Deutschland liegt also schlicht mitten in Europa.